Beschlussvorlage
Ref.V/006/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	03.07.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Sozialkonferenz für Nürnberg – Zielsetzung, Etablierung und Durchführung
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 06.12.2024

Anlagen:
Antrag_SPD_2024-12-06_Sozialkonferenz
Sachverhalt Sozialkonferenz

Sachverhalt (kurz):

Steigende Kosten bei stagnierenden bzw. weniger stark ansteigenden Zuschüssen stellen soziale Angebote freier Träger vor wachsende finanzielle Herausforderungen. Viele fordern daher eine Anpassung der städtischen Fördermittel. Um Qualität und Vielfalt zu sichern, soll eine Sozialkonferenz ab Herbst 2025 einen Verständigungs- und Gestaltungsprozess zwischen Stadtverwaltung, Stadtpolitik und Wohlfahrtsverbänden starten. Ziel ist es, Finanzierungsstrukturen transparent zu analysieren, Prioritäten festzulegen und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Angesichts der angespannten Haushaltslage kann die Stadt Zuschüsse kaum erhöhen. Daher sind neue Ansätze in Förderung und Steuerung nötig. Die Sozialkonferenz ist als langfristiger Dialogprozess geplant, um die soziale Infrastruktur zu stärken und das Finanzierungssystem nachhaltig weiterzuentwickeln.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Senior*innen-, Bildungs- und Sozialpolitik:
Leitlinie 1 - Gesellschaftliche Vielfalt gemeinsam leben
Leitlinie 2 - Familie stärken, Erziehung unterstützen
Leitlinie 3 - Recht von Kindern und Jugendlichen durchsetzen
Leitlinie 4 - Bildung im Lebenslauf fördern, früh beginnen
Leitlinie 5 - Beschäftigung ermöglichen
Leitlinie 6 - Perspektiven nach Flucht und Neuzuwanderung eröffnen
Leitlinie 7 - Armut bekämpfen, Teilhabe verwirklichen
Leitlinie 8 - Lebensqualität im Alter und in der Pflege sichern
Leitlinie 9 - Stadtentwicklung, Wohnen und Nachbarschaft sozialgestalten
Leitlinie 10 - Bürgerschaftliches Engagement aktivieren und würdigen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☒ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☒ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die geförderten Angebote betreffen hilfesuchende Menschen unterschiedlicher Hintergründe und Lebenslagen. Menschen in Notlagen sind besonders auf diese Unterstützungssysteme angewiesen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Sozialkonferenz zu initiieren und durchzuführen.
Die Finanzierung erfolgt aus zweckgebundenem Budgetübertrag von Budgetresten des Ref. V.